

Abg. Albrecht kritisierte, dass die Behörden nicht über den Anbau von gentechnisch verändertem Mais in der Nähe von Rheinbach informiert seien. Dieses Defizit verhindere die Akzeptanz der Gentechnik. Die SPD-Kreistagsfraktion habe die Risiken und Chancen der Gentechnik immer abgewogen und sei der Meinung, dass die Gentechnik nicht negativ zu bewerten sei, sondern als Chance genutzt werden sollte. Das höchst mögliche Maß an Sicherheit für die Natur und den Menschen dürfe dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die Antworten der Verwaltung würden weitere Fragen aufwerfen. Zum einen, ob die Flächen inzwischen mit anderen Kulturpflanzen bebaut seien und zum anderen, ob man davon ausgehen könne, dass seit 2005 alle Flächen im öffentlichen Standortregister - welches vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit geführt werde - vermerkt seien. Weiterhin stelle sich die Frage, ob man das Bundesamt bitten könne, die zuständigen Kreise automatisch zu informieren.

KVD Zimmermann wies darauf hin, dass es auch im Rat der Stadt Rheinbach entsprechende Anfragen gegeben habe. Mit den von der Verwaltung der Stadt Rheinbach und der ULB eingeholten Informationen lägen nunmehr die Stellungnahmen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, des Bundessortenamtes, des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landwirtschaftskammer NRW vor.

Der Rhein-Sieg-Kreis sei über den Anbau der gentechnisch veränderten Organismen (GTO) nicht informiert und weder im Zulassungsverfahren noch bei der späteren Überprüfung beteiligt worden. Das liege daran, dass das damalige Gentechnikrecht dies nicht vorgesehen habe. Seit 1997 seien in der EU unter anderem drei gentechnisch veränderte Maislinien zugelassen. Dazu gehöre auch die Maislinie MON 810 in Rheinbach. Seit 1997 sei MON 810 zur Verwendung als Lebensmittel und als Futtermittel in der EU zugelassen und dürfe rechtmäßig angebaut werden, ohne dass es eines weiteren Genehmigungsverfahrens oder einer öffentlichen Anhörung bedürfe. Da es sich um zugelassene Sorten gehandelt habe, liege nach Angabe des Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit dort keine Angaben über deren Verwendung und die Lage und Größe der Anbaufläche vor.

Es sei mittlerweile bekannt, dass die RWTH Aachen die Fläche in Rheinbach bewirtschaftet habe, um Versuche zur biologischen Sicherheitsforschung durchzuführen, was dafür spreche, dass die Ernte ebenfalls für diese Versuche verwendet worden sei. Er erläuterte weiterhin, dass das Gentechnikgesetz erst seit 2005 vorschreibe, den Anbau und die Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen an das öffentlich zugängliche Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu melden. Man könne diese Online-Datenbank des BVL im Internet über www.bvl-bund.de erreichen. Eine aktuelle Recherche habe keine Eintragungen in den Jahren 2005 und 2006 für Flächen im Rhein-Sieg-Kreis ergeben. Ein früherer Eintrag sei gelöscht, was darauf schließen ließe, dass der beabsichtigte Anbau wohl nicht vorgenommen wurde.

Abg. Köhler erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion vor einem Jahr einen Antrag ähnlichen Inhalts abgelehnt habe. Dieser habe sich zwar auf die genveränderten Organismen der Flächen im Rhein-Sieg-Kreis bezogen, aber damit hätte ein Zeichen gesetzt werden können. Ebenfalls kritisierte er die Landwirtschaftskammer und die Gesetzgeber, da auch der Bürgermeister der Kommune Rheinbach nicht darüber informiert sei, welche Flächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen bebaut seien. Eine Onlinedatenbank, die sich täglich verändere und deren Historie man nicht nachvollziehen könne, sei zusätzlich suboptimal. Das größte Problem sei, dass die Gesetzeslage diese Vorgänge nicht sanktioniere. Die Behörde müsse durch das Ministerium und die Bundesregierung umfassend informiert werden, um gesunde Lebensverhältnisse zu ermöglichen. In Rheinbach sei eine Selbstverpflichtung der Landwirte unterschrieben worden, die besage, dass kein gentechnisch verändertes Material angebaut werde. Es sei skandalös, dass man diese nicht über die Vorgänge informiere.

Abg. Albrecht stellte klar, dass die SPD-Kreistagsfraktion kein Verhinderer der Gentechnik sei, da diese auch Arbeitsplätze und Chancen für die Zukunft biete. Die Akzeptanz der Bevölkerung sei nur mit Transparenz und Aufklärung zu erreichen. Es müsse eine friedliche Existenz mit Ökobauern und konventionell wirtschaftenden Landwirten geschaffen werden.